



Einsatz gegen Anhänger der Muslimbrüder in Kairo: „Wir sind die Opfer eines kriminellen Staatsstreichs“

KHALIL HAMRA / AP / DPA

ÄGYPTEN

Revolution reloaded

Volk und Militär haben zusammen die Regierung von Präsident Mursi gestürzt. Ein Zeichen fehlender Demokratie – oder genau das Gegenteil? Der Aufstand aus Sicht einer Tamarud-Aktivistin, eines Unpolitischen und eines Muslimbruders.

Entscheidung, Jasmin, eine Frage: Wie legitim ist so eine Revolution, wenn das Volk die Armee herbeizwingen muss? Das kommt einem doch vor wie auf dem Spielplatz, auf dem einer Streit anfängt, weil er weiß, dass der Lärm den großen Bruder herbeiruft?

Eine wichtige Frage, sagt Jasmin al-Guschi, auch ihre Freunde finden das, sehr wichtige Frage, klar, auf jeden Fall. Man wird sie später beantworten, okay?

Dies ist nicht der Moment für schwierige Fragen, nicht jetzt, nach getaner Revolution. In den vergangenen Wochen hat die sanfte, schöne Jasmin ein Dutzend Mal ihr Leben riskiert, sie wäre beinahe im Gefängnis gelandet, und ges-

tern, am Mittwohabend, haben sie endlich gesiegt.

Bis vier Uhr morgens tanzten, sangen, jubelten sie vor dem Präsidentenpalast in Kairo, danach gingen sie zusammen in die konspirative Wohnung, die sie vor zwei Monaten gemietet hatten, im obersten Geschoss eines zehnstöckigen Hauses, kein Namensschild an der Tür. Nur neun Menschen wussten, dass hier die Revolution wohnte, sagt Jasmin. Sie nennen die Wohnung „Control Room“, hier stehen immer noch ihre Computer, hier haben sie einen Teil der Unterschriftenlisten versteckt.

In der Nacht nach dem Sieg waren sie froh und erleichtert, erzählt Jasmin, allein schon deshalb, weil sie nicht im Gefängnis

gelandet waren. Sie waren aufgedreht, und sie feierten Mahmud Badr, ihren gewählten Anführer, der hinter Armeechef Abd al-Fattah al-Sisi saß, als dieser die entscheidenden Worte in die Kameras sprach: Präsident Mohammed Mursi habe die Forderungen des Volkes enttäuscht, er werde durch den Verfassungsrichter Adli Mansur ersetzt; es solle bald gewählt werden, bis dahin würden Technokraten regieren.

Ein Symbol für diesen Umsturz war das, wie sie da saßen: in der Mitte der General, um ihn herum der koptische Papst, der Großscheich der islamischen Azhar-Universität, der Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei – und eben er, Mahmud Badr, Anführer der

rebellischen Jugend. Er trat gleich nach dem General ans Rednerpult und hielt eine bewegende Ansprache.

Doch was genau ist an diesem Abend geschehen? Wie soll man es nennen, wenn Volk und Militär zusammen die Regierung stürzen? Ist das ein Zeichen mangelnden demokratischen Bewusstseins – oder genau das Gegenteil?

Irgendwann wurden die Rebellen schließlich doch müde in ihrem Control Room. Draußen war es wieder hell geworden, um acht Uhr legte sich Jasmin al-Guschi dann in eines der Feldbetten, die sie dort aufgestellt hatten. Ihr letzter Gedanke, bevor sie die Augen schloss: Wir können alles erreichen.

Jasmin al-Guschi ist eine junge Frau aus Kairo, 25 Jahre alt, freundlich, unauffällig. Sie trägt ein helles Kopftuch, hat einen Freund, liebt Verdi-Opern und Beethoven-Sonaten, den ägyptischen Schauspieler Adil Imam, außerdem Al Pacino, Robert De Niro und Gamal Abd al-Nasser, den einstigen Präsidenten und Volkshelden. „Ich fürchte, ich habe einen durchschnittlichen Geschmack“, sagt sie.

Doch Jasmin al-Guschi hat die vielleicht größte friedliche Protestbewegung der arabischen Welt mitbegründet: Tamarud, Rebellion. Dabei waren sie am Anfang nur neun junge, wütende Ägypter aus der Mittelschicht, doch sie rekrutierten Helfer, organisierten, planten monatelang. Am Ende brachten sie angeblich 22 Millionen Unterschriften gegen Mursi zusammen und rund drei Millionen Menschen auf die Straße – und sie brachten damit das Militär dazu, im Namen des Volkes zu putschen.

Präsident Mursi, ein Muslimbruder, ins Amt gewählt vor einem Jahr, wurde abgesetzt und in Hausarrest genommen; mehrere Anführer der Bruderschaft wurden vorübergehend verhaftet, ihre Sender abgeschaltet, ihre Zeitungen nicht gedruckt.

Verwirrte westliche Politiker kritisierten die Mittel, aber lobten den Zweck; scheuten das Wort Putsch und sprachen lieber von einer Militärintervention, unternommen, um Schlimmeres zu verhindern. Seit Ende Juni, zählte Human Rights Watch, sind mindestens 39 Ägypter bei Straßenkämpfen ums Leben gekommen.

Während Jasmin al-Guschi den halben Tag nach der Revolution verschläft, während „Apache“-Hubschrauber über den Nilbrücken kreisen, die Luftwaffe ihre Kampfflugzeuge über Kairo hinwegdonnern lässt, geht Mohamed Sharaf pünktlich um neun Uhr morgens ins Büro. Sharaf ist ein Mann von Anfang vierzig, fröhlich, gemütlich, Vater zweier Söhne, Computerexperte. „Ich war ein ganz normaler, harmloser Bürger“, sagt er. „Bis gestern.“

Die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag verbrachte Sharaf vor dem Fernseher, er erklärte seinen Jungs die Politik, diskutierte mit seiner Frau. Er sagt, es sei die Nacht gewesen, die für ihn das Ende

seines bisherigen Lebens markiere – und den Anfang eines neuen. Sharaf gehörte bis dahin zum unpolitischen Bürgertum, er war einer von jenen, die vorwurfsvoll, wenn auch scherzhaft „Hisb al-Kanaba“ genannt werden, die Kanapee-Partei. Die, die nur auf dem Sofa sitzen und Politik den anderen überlassen. „Aber in den vergangenen zwei Monaten habe ich viel gelernt: Ich muss mich einmischen. Unbedingt! Sonst geht mein Land vor die Hunde. Wir durften Ägypten nicht den Muslimbrüdern überlassen.“



MAGALI COROUGE / DER SPIEGEL



MAGALI COROUGE / DER SPIEGEL



DANIEL STEINWORTH / DER SPIEGEL

Mursi-Gegner Guschi, Sharaf, -Anhänger Fausi
„Ich war ein normaler Bürger – bis gestern“

Am Tag nach Mursis Sturz haben die Muslimbrüder sich zurückgezogen in Viertel wie Nasr City, eine Hochburg der Islamisten im Nordosten von Kairo. Schätzungsweise 7000 Menschen haben sich vor der Moschee am Platz Rabaa al-Adawiya versammelt, sie haben Zelte aufgebaut, eine ganze Zeltstadt, denn sie wollen bleiben. Vor allem Männer sind da, von jung bis greisenhaft, alle mit strengem Gesicht, viele tragen Bauhelme, halten Baseballschläger und kräftige Stöcke in den Händen. Überall hängen Plakate, die ihren gestürzten Präsidenten zeigen.

Einer der Männer ist Fahmi Fausi, 45 Jahre alt, Buchhalter. Er ist kräftig, bärtig, er trägt eine blaue Baseballkappe. Und er ist wütend. „Die ganze Welt soll es wissen“, sagt er. „Sie haben uns keine Chance gegeben, das Militär, die Christen, die Agenten des Auslands und die Anhänger des alten Regimes, die Tamarud unterwandert haben. Wir Muslimbrüder sind die Opfer eines kriminellen Staatsstreichs.“

Während Fausi erzählt, reihen sich hinter ihm etwa hundert Männer auf, davor ein Einpeitscher mit Megafon. „Wir wollen einen islamischen Staat!“, ruft er. Die Männer brüllen: „Wir wollen einen islamischen Staat! Einen islamischen Staat!“

Drei Ägypter, grundverschieden: Jasmin al-Guschi, die Tamarud-Aktivistin; Mohamed Sharaf, der wachgerüttelte Bürger; und schließlich Fahmi Fausi, der verbitterte Muslimbruder. Sie kennen sich nicht, aber sie haben in den vergangenen Tagen und Wochen mit verteilten Rollen das Schicksal Ägyptens mitbestimmt.

Ohne die zu allem entschlossenen Aktivisten von Tamarud hätte Mohamed Sharaf sich niemals aufgerafft, auf dem Tahrir-Platz zu demonstrieren und den Sturz Mursis zu fordern. Er wäre nicht auf den Gedanken gekommen, dass er sein Leben ändern müsse. Ohne Sharaf und all die anderen unpolitischen, empörten Bürger wäre Tamarud wiederum nur eine Clique von Träumern aus irgendeinem Internetcafé geblieben. Und ohne die Allianz von Tamarud und der Kanapee-Partei wären die Muslimbrüder wohl noch an der Macht – und Fahmi Fausi ein glücklicher Mann. Er hätte aufsteigen können in der straffen Hierarchie der Bruderschaft, mit Aussicht auf mehr Geld und mehr Ansehen.

Die Geschichte dieser drei Ägypter ist die Geschichte einer zurückeroberten Revolution oder die eines Putsches – je nach Perspektive. Diese Geschichte begann mit einem „Tag der Wut“ am 25. Januar 2011, sie fand ihren ersten Höhepunkt am 11. Februar 2011, dem Tag, an dem Präsident Husni Mubarak vom Militär zum Rücktritt gezwungen wurde, und dann, vergangene Woche, ihren zweiten Höhepunkt, als sein Nachfolger gestürzt wurde. In der Zwischenzeit gab es ein Verfassungsreferendum, eine Parlaments- und eine Präsidentschaftswahl, es gab Millionenproteste und

„Wir hatten keine andere Wahl“

Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei, 71, über die Hintergründe des Militärputsches

SPIEGEL: Herr ElBaradei, Sie haben die autoritäre Herrschaft Mubaraks bekämpft. Jetzt stehen Sie Schulter an Schulter mit den Militärs, die den demokratisch gewählten Präsidenten Ägyptens gestürzt haben. Darf ein Friedensnobelpreisträger mit putschenden Generälen paktieren?

ElBaradei: Lassen Sie mich gleich eines klarstellen: Dies war kein Staatsstreich. Mehr als 20 Millionen Menschen sind auf die Straße gegangen, weil es so nicht mehr weitergehen konnte. Ohne die Absetzung Mursis hätten wir uns auf einen faschistischen Staat zu bewegt, oder es wäre zu einem Bürgerkrieg gekommen. Es war eine schmerzliche Entscheidung. Sie war außerhalb des legalen Rahmens, aber wir hatten keine andere Wahl.

SPIEGEL: Soll das die Botschaft sein: Die Straße ist wichtiger als das Parlament?

ElBaradei: Nein. Aber wir hatten gar kein Parlament, sondern nur einen Präsidenten, der zwar demokratisch gewählt war, aber autokratisch regierte und gegen den Geist der Demokratie verstieß: Mursi hat sich mit der Justiz angelegt, die Medien gegängelt, die Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten ausgehöhlt. Er hat sein Amt missbraucht, um seine Muslimbrüder an die Schaltstellen zu befördern. Er hat alle universalen Werte mit Füßen getreten. Und er hat das Land wirtschaftlich endgültig in den Ruin getrieben.

SPIEGEL: Wie immer Sie das Vorgehen rechtfertigen, demokratisch ist es nicht.

ElBaradei: Sie dürfen nicht Ihre hohen Maßstäbe an ein Land anlegen, auf dem Jahrzehnte der Autokratie lasten. Unsere Demokratie steckt noch in den Kinderschuhen.

SPIEGEL: Beginnt nun eine Hexenjagd auf die Islamisten?

ElBaradei: Dazu darf es nicht kommen. Das Militär hat mir versichert, dass viele Meldungen über Verhaftungen nicht stimmen, die Zahlen weit übertrieben sind. Wo es zu Festnahmen gekommen ist, soll es triftige Gründe geben, etwa

unerlaubten Waffenbesitz. Und die islamistischen TV-Stationen wurden geschlossen, weil sie die Menschen aufgewiegelt haben. Ich fordere zudem seit Tagen, dass wir die Bruderschaft in den Demokratisierungsprozess miteinbeziehen. Niemand darf ohne triftigen Grund vor Gericht gestellt werden. Ex-Präsident Mursi muss mit Würde behandelt werden. Das sind die Voraussetzungen für eine nationale Versöhnung.

SPIEGEL: Viele befürchten das Gegenteil. Im vergangenen Jahr haben auch Sie vor der Gefahr eines Bürgerkriegs gewarnt.

ElBaradei: Gerade um eine blutige Konfrontation zu verhindern, war das Eingreifen des Militärs nötig. Auch wenn die Emotionen hochkochen: Ich hoffe, dass die Gefahr eines Bürgerkriegs gebannt ist.

SPIEGEL: Unterschätzen Sie da nicht die Empörung der Muslimbruderschaft und deren Millionen

Anhänger? Warum sollten sie noch Interesse an Wahlen haben?

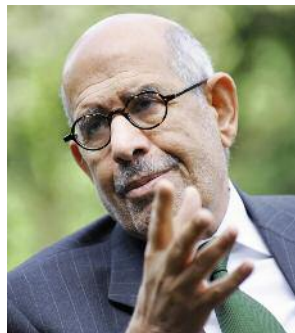
ElBaradei: Ägypten ist in der Tat zutiefst gespalten. Ohne Aussöhnung haben wir keine Zukunft. Die Muslimbrüder sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Ich hoffe sehr, dass sie an den nächsten Gesprächen teilnehmen.

SPIEGEL: Vertrauen Sie nicht zu sehr dem Militär, das ja in der Vergangenheit oft eigene Interessen verfolgt hat?

ElBaradei: Das Militär hat sich diesmal nicht an die Macht gedrängt. Es hat kein Interesse, in der Politik offensiv mitzumischen. Die Generäle sind sich bewusst, dass sie eine historische Mitschuld tragen an dem Desaster, in dem das Land jetzt steckt. Deshalb spreche ich die Armee auch nicht frei von Verantwortung.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, als Feigenblatt missbraucht zu werden?

ElBaradei: Das ist keine Frage des blinden Vertrauens. Das nächste Treffen mit den Generälen ist schon vereinbart, sie hören mir immerhin zu. Meine rote Linie ist: Ich lasse mich mit niemandem ein, der Toleranz und Demokratie missachtet.



Oppositioneller ElBaradei

DANA SMILLIE / POLARIS

SPIEGEL: Gibt es einen Fahrplan für die Übergangszeit?

ElBaradei: Spätestens in einem Jahr sollte es demokratische Wahlen geben. Wir brauchen eine neue Verfassung, die nicht missbraucht werden kann, die Gleichheit und Freiheit jedes Einzelnen festschreibt. Daran werde ich mitarbeiten. Und wir brauchen funktionierende Institutionen, unabhängige Gerichte, Gewaltenteilung.

SPIEGEL: US-Präsident Barack Obama und sein Außenminister John Kerry haben Sie angerufen. Sehen die beiden in Ihnen den kommenden Präsidenten?

ElBaradei: Ich habe versucht, sie von der Notwendigkeit der Absetzung Mursis zu überzeugen. Aber ich sehe mich nicht in der Rolle des künftigen Staatschefs. Ich möchte meinen Einfluss nutzen, um die Ägypter zusammenzubringen und miteinander zu versöhnen.

SPIEGEL: Bundesaußenminister Guido Westerwelle spricht von einem „schweren Rückschlag für die Demokratie“. Wie wollen Sie das verlorene Vertrauen Ihrer Partner im Westen zurückgewinnen?

ElBaradei: Die Deutschen sollten Verständnis für uns haben. Sie wissen, wie schwierig es ist, nach einer Diktatur eine Demokratie aufzubauen – und sie waren als Erste kritisch gegenüber Mursis antidemokratischer Politik. Ich erinnere nur an die Mitarbeiter der politischen Stiftungen in Ägypten, die gerade vor Gericht gezerzt wurden. Wir hoffen auf finanzielle Hilfe aus Berlin und auf Rat beim Aufbau unserer Institutionen. Am wichtigsten ist es, den jungen Menschen, die so zahlreich und mutig für mehr Demokratie auf die Straße gegangen sind, eine wirtschaftliche Perspektive zu geben.

SPIEGEL: Falls die Muslimbrüder bei der nächsten Wahl antreten und gewinnen – würden Sie einen von ihnen an der Spitze des Staates akzeptieren?

ElBaradei: Ja, wenn die Muslimbrüder sich zur Demokratie bekennen und durch eine Verfassung und ein Parlament so eingebunden sind, dass sie ihre Macht nicht wie Mursi missbrauchen.

INTERVIEW: DIETER BEDNARZ, ERICH FOLLATH



LOUAFI LARBI / REUTERS

Verletzter Mursi-Anhänger nach Protesten: „Wir werden unsere Seelen und Leben opfern“

Dutzende Tote, wilde Streiks und blinde Gewalt. Und doch ist diese Geschichte noch längst nicht zu Ende.

„Jetzt geht es erst richtig los“, sagt Mohamed Sharaf. Es ist der Morgen nach der Revolution. Er sitzt mit seinem Kollegen Hussam Hussain im Büro. Eigentlich müssten sie arbeiten, aber sie sind aufgewühlt. Sharaf überlegt, ob er am Nachmittag noch auf den Tahrir geht; Hussain war in der Nacht zuvor dort, mit seiner Frau, die erst Angst hatte. „Aber

ich sagte zu ihr, wir können uns da nicht raushalten, wir müssen unseren Beitrag leisten. Es ist unsere Demokratie, die wir erst noch gestalten müssen.“

Die Ehefrauen der beiden, Lehrerin die eine, Anwältin die andere, haben noch vor einem Jahr Mohammed Mursi gewählt. Sie hielten ihn für unbestechlich, weil fromm, vor allem aber für unbelastet, im Unterschied zu dem Gegenkandidaten Ahmed Schafik, einem ehemaligen Mubarak-Mann. Sharaf und Hussain wussten

nicht, wem der beiden sie ihre Stimme geben sollten, also enthielten sie sich. Doch sie akzeptierten das Ergebnis, so ist das nun mal in der Demokratie, dachten sie.

„Aber Mursi hat dramatische Fehler gemacht“, sagt Mohamed Sharaf. „Und wenn du merkst, dass der Pilot sein Flugzeug nicht fliegen kann, musst du ihn aus dem Cockpit holen. Du kannst nicht sagen: Lasst ihn, er hat einen Arbeitsvertrag für vier Jahre!“ Ägypten, finden die beiden Kollegen, sei kein Flugsimulator.

Nach der Befreiung von der Herrschaft der Muslimbrüder kommen nun die Mühen der Ebene: Die Tamarud-Aktivistinnen um Jasmin al-Guschi müssen ihre smarten Guerilla-Techniken alltagstauglich machen, sie dürfen sich nicht zerreißen lassen. Die Partei der Couch-Potatoes darf nicht wieder in den alten Trott verfallen – Mohamed Sharaf und Hussam Hussain müssen sich ihr politisches Verantwortungsgefühl erhalten. „Meine Frau will jetzt einer Partei beitreten“, sagt Hussain. „Das ist zwar nichts für mich, aber ich werde sie unterstützen.“

Und die Muslimbrüder? Sie müssen eine neue Rolle finden. Wollen sie nicht in Sektierertum verfallen, dann müssen sie sich von Verschwörungstheorien und Allmachtsphantasien verabschieden. Ihr Part ist der schwierigste. Denn Fahmi Fausi und seine Leute haben noch nicht

begriffen, dass Ägypten sich geändert hat. Dazu kommt noch: Es darf nun kein Chaos ausbrechen, damit sich die Armee bald wieder in ihre Kasernen zurückzieht und das Regieren den Zivilisten überlässt. Doch das wird nicht einfach sein, man sieht das bereits am Freitag, zwei Tage nach dem Freudentaumel.

Zehntausende Mursi-Anhänger ziehen da zum Tahrir-Platz, aufgewiegelt von Mohammed Badi, dem Chef der Bruderschaft, der zuvor auf einer Kundgebung gerufen hatte: „Wir werden für Mursi unsere Seele und unser Leben opfern.“ Molotow-Cocktails fliegen, es fallen Schüsse, es gibt Schlägereien überall in der Stadt. 17 Tote werden allein bis Mitternacht gemeldet. Das Beispiel Algerien macht jetzt öfter die Runde, auch dort gewannen die Islamisten die Wahl, putschte die Armee, es begann ein Bürgerkrieg mit Zehntausenden Toten. Sicher, Ägypten ist nicht Algerien. Aber die Polarisierung ist groß, und niemand weiß, was die Muslimbrüder tun werden: Nehmen sie an Wahlen teil? Gehen sie wieder in den Untergrund? Wird es Anschläge und politische Morde geben, wie schon früher einmal?

Jasmin al-Guschi und ihre Mitstreiterinnen Sara Kamal und Mai Wachba sitzen bei McDonald's im Stadtteil Dokki, nicht weit vom Tahrir-Platz entfernt. Sie trinken Tee und essen Erdbeerjoghurt, arabische Popmusik plärrt aus den Lautsprechern, ihre Laptops sind aufgeklappt.

Jasmin, noch mal die Frage: Wie legitim ist eigentlich eine Revolution, die dazu das Militär braucht?

„Das ist ein wichtiger Punkt, wir haben ganz zu Anfang immer wieder darüber diskutiert. Aber das ist sehr theoretisch. Die Realität dagegen sah so aus: Wir hatten nichts, die Muslimbrüder hatten den Staatsapparat auf ihrer Seite. Die Armee einzubinden, das war für uns die einzige Option.“ Sie schiebt ihren Joghurt beiseite. „Ganz ehrlich, viele von uns haben Mursi anfangs eine Chance gegeben, aber wir wurden schnell enttäuscht.“

Mohammed Mursi wurde Ende Juni 2012 im zweiten Wahlgang gewählt, in einer Stichwahl, für ihn stimmten 51,7 Prozent. Die Beteiligung war jedoch gering, nur etwas über die Hälfte aller wahlberechtigten Ägypter gab ihre Stimme ab. Stellt man noch dazu in Rechnung, dass viele nur aus Protest für ihn stimmten, weil der Gegenkandidat ein Mubarak-Mann war, hat tatsächlich nur etwa ein Viertel der Wähler den Muslimbruder wirklich gewollt. Eine Mehrheit auf dem Papier, formal korrekt, von Mursi genutzt als moralischer Freibrief. Und er hat es geschafft, in nur einem Jahr eine überwältigende Mehrheit gegen sich aufzubringen.

Deswegen ist die Frage nach der Legitimität dieses Putsches so kompliziert, sie lässt sich nur beantworten, wenn man dieses zurückliegende Jahr betrachtet.



Protestierende Hussain, Kamal, Wachba
„Es ist unsere Demokratie“

Drei Fehler lasten Jasmin al-Guschi, Mohamed Sharaf und viele andere Demonstranten den Muslimbrüdern an.

Erstens: Mursi habe jede Gelegenheit genutzt, seine Gefolgsleute im Staatsapparat, in den Medien, der Justiz und Polizei unterzubringen – ohne sich um ihre Kompetenz zu scheren. „Es zählt für uns, ob jemand ein Problem lösen kann“, sagt Mohamed Sharaf, „und nicht, ob er frömmlicher ist.“ Der Tiefpunkt, ergänzt Jasmin al-Guschi, war Mursis Versuch im November 2012, eine islamische Verfassung durchzusetzen.

Zweitens: seine Unfähigkeit, die Nation zu vereinen; das Fehlen jeglicher Sensibilität. Als der neue koptische Papst sein Amt antrat, blieb Mursi demonstrativ fern. Er ließ zu, dass islamistische Prediger gegen Christen, Schiiten und Liberale hetzten. Und er ernannte ein Mitglied der radikalen Gamaa al-Islamija zum Gouverneur von Luxor, ausgerechnet, dabei hatte die Terrorgruppe doch dort einst Anschläge auf Touristen verübt.

Drittens: die Wirtschaft. „Natürlich konnte Mursi die Korruption von Jahrzehnten nicht über Nacht beseitigen“, sagt Sharaf. „Aber was tat er? Gar nichts. Die Muslimbruderschaft ist selbst eine korrupte Mafia, das haben wir in diesem Jahr gelernt.“ Benzin wurde knapp, es gab oft keinen Strom. Das ägyptische Pfund fiel, die Preise für Brot und alles andere stiegen.

Die Ursachen hierfür liegen in der Geschichte der Bruderschaft, 1928 gegründet, seither größtenteils im Untergrund tätig, taktierend, aber mit einer geheimbündlerischen Märtyrer-Mentalität. Viele ihrer Mitglieder und Anführer saßen im Gefängnis, daher das ständige Denken in Kategorien von „die“ und „wir“.

„Man kann mit den Muslimbrüdern nicht normal reden, ihre Weltsicht ist abgeschottet, überall wittern sie eine Verschwörung“, sagt Jasmin al-Guschi. „Noch dazu glauben sie, im Auftrag Gottes zu handeln – das macht sie unbelehrbar.“ Dieser Argwohn sei wie eine ansteckende Krankheit, „er hat sich in der ganzen Gesellschaft verbreitet“.

Die jungen Frauen von Tamarud diskutieren leidenschaftlich und laut, ihre Stimmen sind heiser vom Singen und Schreien. Ab und zu schaut einer der Gäste von seinem Milchshake auf, da steht plötzlich der Geschäftsführer am Tisch, angespannt, unwirsch. Die Frauen sollten gehen, sofort, bei McDonald's seien politische Diskussionen unerwünscht.

Die drei jungen Frauen zögern einen Moment, dann klappen sie ihre Laptops zu. Sie stehen auf, würdigen den Mann keines Blickes, gehen hinaus.

Warum lasst ihr euch das gefallen, Jasmin?

„Es gibt Wichtigeres“, sagt sie.

RALF HOPPE, DANIEL STEINVORTH